

Was passiert da gerade im Volk?

Abstimmung vom 3. März Eine klare Volksmehrheit will laut Umfragen der 13. AHV-Rente zustimmen. Ein Ja wäre der vielleicht grösste linke Abstimmungssieg der Geschichte – und eine Abkehr von der Schweiz, wie man sie bisher kannte.

Markus Häfliger
und Christian Zürcher

Gibt es für einen Schweizer Linken einen schlimmeren Ort als die Universität St. Gallen, die HSG, das Priesterseminar des Schweizer Wirtschaftsliberalismus?

Am 14. Dezember 2023 reist Paul Rechsteiner dorthin. 20 Jahre lang war er Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und damit der mächtigste Gewerkschafter des Landes, heute ist er ein Politiker in Pension. Eigentlich.

Doch jetzt ist der 71-jährige Alt-SP-Ständerat noch einmal unterwegs im Abstimmungskampf. Er kämpft für die Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente, die am 3. März an die Urne kommt. Die Idee zur Initiative war Rechsteiners letzte Tat als Präsident, der Gewerkschaftsbund hat sie noch kurz vor seinem Rücktritt aufgegleist. An diesem Dezemberabend sitzt Rechsteiner für diese Initiative, die auch ganz stark seine eigene ist, auf einem Podium der HSG.

Rechsteiner ist der Linke an diesem Abend, der Gottesdienststörer. Er tritt an gegen Gegner mit Heimvorteil: einen Professor für Versicherungswirtschaft und Matthias Müller, den Präsidenten der Jungfreisinnigen, selber HSG-Absolvent.

Inzwischen ist ein Monat vergangen und Paul Rechsteiner denkt noch immer mit Befriedigung an das Podium zurück. Selbst dort, an der HSG, habe er im Publikum viel Wohlwollen für die Gewerkschaftsinitiative verspürt. «AHV-Patriotismus» nennt es Rechsteiner.

71 Prozent Zustimmung

Dieser AHV-Patriotismus – er zeigt sich in den Meinungsumfragen. Und wie! Gut anderthalb Monate vor dem Urnengang stimmen 71 Prozent der Befragten der Initiative gemäss einer Tamedia-Umfrage zu. Nicht erhoben wurde, ob das auch für ein Ständemehr reicht. Die Zustimmung ist unter älteren und linken Menschen am grössten. Doch auch 70 Prozent der SVP-Wählenden befürworten eine 13. AHV-Rente. Mitglieder einer Partei also, die extrem kritisch gegenüber dem Sozialstaat ist und überhaupt für möglichst wenig Staat plädiert – es sei denn, es geht um die Bauern oder das Militär.

Was geschieht da gerade im Land? Die Schweizerinnen und Schweizer galten stets als liberal und wirtschaftshörig, als vorsichtig und staatskritisch. Nun wollen sie offenbar mehr Staat – freiwillig. Ein Volk von Sparern und Finanzplanerinnen tendiert zu einem Ja bei einer Initiative, die rund fünf Milliarden Franken pro Jahr kostet und deren Finanzierung nicht geklärt ist. Ein Volk auch, das noch 2012 sechs Wochen Ferien für alle verwarf.

Ändert sich da gerade etwas? In diese Richtung denkt zumindest Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann in der NZZ. Bei einem Ja würde er das Narrativ der liberal geprägten Schweiz überdenken. Im Sinn von: Die Schweiz wurde eine andere.

Tatsächlich wäre eine Annahme der Initiative historisch. Seit gut 130 Jahren gibt es das In-



Ein Plakat des Ja-Komitees zur Abstimmung der Initiative für die 13. AHV Rente, fotografiert im Bahnhof Bern. Foto: Anthony Anex (Keystone)

itiativrecht auf Bundesebene, 229-mal stimmte das Volk in dieser Zeit über eine eidgenössische Volksinitiative ab, nur 25-mal sagte es Ja. Nicht weniger als 15 Volksinitiativen betrafen die AHV, angenommen wurde keine.

Lange Zeit waren eher Volksbegehren von rechts mehrheitsfähig, vor allem solche gegen Ausländer und für ein schärferes Strafrecht, wie Hans-Peter Schaub sagt, der Leiter der Abstimmungsdatenbank Swissvotes. Wenn Initiativen von links eine Mehrheit fanden, dann am ehesten im Umweltschutzbereich. Noch nie aber gelang es, Initiativen im Kernbereich linker Politik durchzubringen. Den Ausbau des Sozialstaats zum Beispiel.

Individualisierungstrend

Katja Rost ist Professorin für Soziologie an der Universität Zürich. Als Soziologin würde sie nie sagen, dass die Schweiz eine andere wurde, doch sie beobachtet, wie die Gesellschaft sich verändert. «Der riesengrosse Trend ist die Individualisierung», sagt Rost. Eine Folge davon: das ichbezogene Denken.

Je individueller die Gesellschaft werde, desto mehr sei der Gedanke für das Kollektiv in Gefahr. Rost spricht von einer «Diffusion von Verantwortung».

Gerade in einer immer komplexer werdenden Welt würden ichbezogene Menschen dazu tendieren, zu vereinfachen und auszublenden. Zum Beispiel bei der Frage: Wer soll das bezahlen? «Eine typisch vereinfachte Antwort wäre: Wir haben genügend Geld, zudem hat der Staat schon immer alles gelöst, es kamen ja stets Rettungsschirme.» In aller Kürze: Es wird schon gut gehen.



Foto: Keystone

«Die AHV hat von jeher enormen Zuspruch in der Bevölkerung.»

Paul Rechsteiner
früherer SP-Ständerat

Was Katja Rost als Soziologin nüchtern feststellt, macht dem FDP-Politiker Pascal Couchepin Sorgen. «Viele Leute haben den Sinn dafür verloren, woher das Geld kommt», sagt der heute 81-jährige Alt-Bundesrat, der als Innenminister selber für die AHV zuständig war. Couchepin zählt auf: das milliardenschwere Rettungspaket für die UBS 2008, die noch grösseren Hilfspakete während der Covid-Krise, die zeitweisen Monstergewinne der Nationalbank (die inzwischen zu Monsterverlusten wurden) und schliesslich die riesigen Bundesgarantien für die Credit Suisse.

All das habe dazu geführt, dass das Volk den Respekt vor den grossen Zahlen verloren habe, sagt Couchepin.

Der Alt-Bundesrat wagt eine These für eine noch viel tiefer liegende Ursache eines Mentalitätswandels. Derzeit lese er «Die Niederlage des Westens», das druckfrische neue Buch von Emmanuel Todd.

Der französische Historiker sieht in der Auflösung des europäischen Protestantismus einen wesentlichen Grund für den Niedergang des Liberalismus. Das betreffe die Schweiz ganz besonders, sagt Couchepin. Immerhin habe sogar der frühere Papst Johannes Paul II. einmal gescherzt, in der Schweiz seien sogar die Katholiken Protestanten.

Die protestantische Ethik betone die Eigenverantwortung des Menschen und bewerte die Arbeit positiv, sagt Pascal Couchepin. Obwohl er selber Walliser Katholik ist, teilt er die Ansicht, dass der Protestantismus die Schweiz wirtschaftlich tief geprägt habe. Weil die protestantische Ethik

aber immer mehr verpuffe, richteten die Menschen ihre Erwartungen zunehmend an den Staat. «Der Staat wird zur Milchkuh, und jeder versucht, maximal zu profitieren.»

Belege für diese These sieht Pascal Couchepin in vielen Gesprächen, die er derzeit über die AHV-Initiative führe. Manche Leute würden ihm sagen, sie bräuchten die 13. Rente eigentlich gar nicht. Doch die gleichen Leute sagten ihm eben auch: «Ich habe nie etwas vom Staat erhalten und will jetzt auch einmal etwas.»

Die Sorgen der Menschen

Die 13. AHV ein Ego-Ding? Paul Rechsteiner sieht das ganz anders. Die AHV habe von jeher enormen Zuspruch in der Bevölkerung. AHV-Patriotismus eben. Dass das Volk noch vor sieben Jahren deutlich Nein sagte zu «AHV plus», der letzten AHV-Initiative der Gewerkschaften, erklärt sich Rechsteiner mit Konstruktionsfehlern im damaligen Initiativtext.

Rechsteiner verbindet die hohen Zustimmungswerte nicht mit einer veränderten Mentalität – sondern damit, dass sich die wirtschaftliche Lage vieler Menschen real verschlechtert habe.

Die Wirtschaft wachse Jahr für Jahr. Nicht aber die Renten. Wegen des sinkenden Umwandlungssatzes in der zweiten Säule seien die Pensionskassenrenten um durchschnittlich 10 bis 20 Prozent gesunken. «Viele Menschen machen sich echte Sorgen, wovon sie im Alter leben können», sagt Paul Rechsteiner.

Eine andere Erklärung für die hohe Zustimmung hat Reiner Eichenberger. Der Professor für po-

litische Ökonomie an der Universität Freiburg schreibt in diesen Tagen an einem Aufsatz über die Frage, weshalb in der Bevölkerung ein Umdenken stattfindet: Verantwortungslosigkeit greift um sich, bei den Renten, aber nicht nur dort.

Reiner Eichenberger macht das an verschiedenen Punkten fest. Erstens: Der Finanzausgleich mache bequem. Zweitens: Unter den Jüngeren gebe es immer weniger Eigenheimbesitzer und immer mehr Mietende, die wiederum tendenziell weniger verantwortungsbewusst seien. Drittens: Durch den höheren Anteil an Frauen im Arbeitsmarkt steige auch der Anspruch an den Staat bezüglich subventionierter Kitaplätze.

Viertens: Für einen Schweizer gehe die Rechnung einer 13. AHV-Rente auf. Er zahlt zwar mehr Lohnabgaben, es kommt aber seinen Eltern zugute und irgendwann wieder ihm selbst. Ganz anders die rund 80'000 Zuwanderer pro Jahr, die nur zahlen und nicht mitbestimmen dürfen. «Sie werden zum Nettozahler.»

Über all diesen Erkläransätzen gibt es noch einen letzten Grund für die breite Zustimmung: das Timing. Selbst ein so erfahrener Politstrategen wie Paul Rechsteiner konnte bei der Lancierung der Initiative nicht ahnen, dass der Abstimmungstermin mitten in einen starken Teuerungsschub fallen würde. Die Mieten steigen, die Krankenkassenprämien explodieren, die Energiepreise schiessen in die Höhe.

Paul Rechsteiner würde das nie so sagen: Aber für eine Renteninitiative, die den Leuten mehr Geld geben will, ist das Timing perfekt.